

# „Freie Universität“ Berlin Von der Gruppenuniversität zur Konkursmasse

Helmut Müller-Enbergs (1988)

„Kommste mit zur Demo?“ „Nee, ich hab ein Seminar.“ Dieser zwar selten gewordene, aber noch zu vernehmende Wortwechsel impliziert die Pole zwischen politischer Manifestation und Schein-Studium. Die Berufsplanung, der Karriereentwurf, forciert durch eiliges Scheinesammeln, ist bei vielen, auch bei radikaldemokratischen Studenten, FU-Alltag. Politisches Engagement wurde aus der ‚Freien Universität‘ ausgelagert und findet außerhalb der Seminarzeiten statt. Politisches Handeln innerhalb der FU wird einfach delegiert. Denn es kostet Zeit und bedeutet auch eine Auseinandersetzung mit der ‚übermächtigen‘ Bürokratie, den diversen Gremien, und darum wird es vorgezogen, konstruktive Kritiken an und zu Studienbedingungen, Senat, Dozenten und Studenten nicht aktiv umzusetzen. Obwohl wir davon ausgehen können, daß unsere Studentengeneration ausgesprochen kritisch und politisch ist, gilt dies jedoch offensichtlich nur außerhalb der Universität. Nach jahrzehntelangem Ringen scheint es den konservativen Strategen gelungen zu sein, die Universität in ihrem Sinne zu entpolitisieren und aufs neue die alten ‚Leitbilder‘ zu installieren. Von Turner bis Radunski, alle ideologische Kombattanten können ihren Blick wesentlich entspannter über dieses Schlachtfeld Universität gleiten lassen. Diesen Krieg haben sie gewonnen. Die Freie Universität schimmert im Glanz der Konkursmasse. Der Mythos der ‚Revolutionszentrale‘, von den unerschrockenen Dozenten und Studenten, nebelt über dem Areal. Doch schon ist es Geschichte. Vergangenheitsbewältiger entdecken ein Objekt der Historie.

Zuvor mußte jedoch diese Geschichte gemacht werden. Nachfolgend interessieren weniger die Studierenden und ihre Verbände, deren Kritikpotential durch Akzeptanz des Status quo überwogen wurde, als vielmehr jene, die Material für Mythen lieferten, der ‚Freien Universität‘ ihr prägnantes Image verschafften und den revolutionärsten Gesellschaftsentwurf verwirklichen wollten. Radikaldemokratische Studierende formierten sich in den 60er Jahren im SDS, rieben sich an den verknöcherten, muffigen Talarträgern, deren Status zu einer Karikatur unterhöhlt worden war. Diese Organisation war Impulsschleuder, magnetisches Zentrum, dessen Entwurf einer neuen, reformierten Universität 1969 Wirklichkeit wurde. Was den studentischen FU-Gründern 1948 versagt blieb, die volle, paritätische Mitbestimmung in allen Universitätsgremien, vermochte die zu neuen Ufern aufbrechende 68er-Generation durchzusetzen. Die entsetzten Ordinarien schienen paralysiert zu sein. Aber bald erholten sie sich, formierten sich und eroberten verlorengegangenes Terrain Zug um Zug zurück. Unentschuldigste Verdienste erwarb sich hier als auffälligstes Sprachrohr die ‚Notgemeinschaft für eine freie Universität‘ (NofU). Die Wirkung der Studentenrevolte schwappte in alle gesellschaftlichen Bereiche noch lange nach den entscheidenden Impulsen nach, als längst der SDS seine avantgardistische Funktion verloren hatte. Voreilig wurde bereits das ‚Scheitern‘ deklariert. Real vollzog sich sukzessiv ein Paradigmenwechsel bei den Revolteuren. ‚Rote Zellen‘ in allen Fachbereichen bildeten in der Umbauphase

1969/70 einen anderen Organisationsausdruck, um die politisierten Studenten aufzufangen, als dies der SDS vermochte. Eine nachrückende Studentengeneration aus dem zweiten Glied vermochte nicht mehr antiautoritär ‚kooptiert‘ zu werden, sagte sich vom ‚Antiautoritarismus‘ los und sprang als vormaliger Haschrebelle in den marxistisch-leninistischen Kampfanzug. Dieser strukturell im SDS angelegte Übergang vermochte letztmalig nahezu die Gesamtheit linker Konzeptionen, von anarchistischen bis trotzkistischen, von maoistischen bis orthodoxen, von sozialistischen bis radikal-demokratischen, zusammenzuhalten. Innerhalb weniger Wochen kristallisierten sich die diversen Kader aus, die Risse gingen quer durch die Beziehungen, Wohngemeinschaften, Seminare und Fachbereiche. SEW, SPD und FDP vermochten zwar ein reichhaltiges Reservoir auszumachen, zu rekrutieren und zu kooptieren, jedoch die Mehrheit der Bewegung in den ‚Roten Zellen‘ verstand sich als zukünftiger Kampfstab gegen ‚Revisionismus‘, ‚Reformismus‘ und ‚Imperialismus‘. Es wurde die kurze, schmerzliche Ära der K-Gruppen eingeleitet, die in ihrer Majorität schließlich 1980 die Luft aus dem Popanz ‚Vorhut der Arbeiterklasse‘ rausließen und andere Wege suchten. Sie hinterließen tiefe Risse, Wunden, Verletzungen, kurz ein Scherbenegericht.

### Rote Zellen

Als stärkste Gruppe traten aus den ‚Roten Zellen‘ maoistische Formationen hervor. Die ‚Rote Zelle Germanistik‘ vermochte den stärksten Einfluß zu gewinnen, wirkten in ihr doch bekannte SDS-Funktionäre. Sie bildete den Grundstock der ‚Kommunistischen Partei Deutschlands – Aufbauorganisation‘ (ugs. KPD-A-Null). Studentenrevolteure wie diese fanden auf der Suche nach einem Veränderungsplan dieser Gesellschaft nichts anderes als den Marxismus-Leninismus vor, dessen deutschen bzw. Weimarer Vertreter sie im Detail imitierten: Organisationsbezeichnungen, Publikationsgestaltung, Ideologie und Sprache, Verhalten und nicht zuletzt das Aussehen. Im universitären Bereich sollte die Studentenorganisation dieser Partei, der ‚Kommunistische Studentenverband‘ (KSV), das Terrain bis Mitte der 70er Jahre bestimmen. In der Arbeiterklasse entdeckten sie logischerweise die „einzige konsequente revolutionäre Klasse, nur unter ihrer Führung kann der Kampf bis zur endgültigen Abschaffung jeder Klassengesellschaft geführt werden“ (Programm 1974: 35). Die Studenten jedoch „bildeten keine eigene Klasse, sondern eine soziale Schicht“, der durch „die gegen die Arbeiterklasse gerichtete Funktion der kapitalistischen Hochschulausbildung mit mehr oder weniger großen Entbehrungen erkaufen muß. Der Klassengegensatz der Studenten zur Arbeiterklasse, die Einheitlichkeit der Ausbildungssituationen werden deshalb von solchen Unterschieden nicht berührt.“ (Rote Pressekorrespondenz 186: 1). Der KSV müsse deshalb „mehr und mehr Studenten dem Einfluß der Bourgeoisie [...] entreißen und sie für die Aufgabe [...] befähigen, die ihnen jetzt und während der ganzen Etappe der sozialistischen Revolution in Westdeutschland und West-Berlin vom Proletariat, dem Führer der Volksmassen, gestellt werden.“

(RPK Nr. 118) Dieser militante Studentenverband hatte seinen Lebensschwerpunkt nicht mehr in der Universität, sondern hatte größere Pläne. Dennoch war er nur ein marxistisch-leninistischer Studentenverband unter vielen und mußte, wenn er an der Universität Vorhut sein wollte, genügend Zeit dafür investieren, dies den anderen zu beweisen. Die Orientierung auf die Arbeiterklasse, die Mitarbeit in Betriebsgruppen, die ständige Kampagnenfähigkeit und die Einbindung in fortwährende ideologische Diskussionen absorbierten die Kräfte, entzogen sie für direkte und intensive Arbeit zu Einzelfragen der Universität. Gleichwohl vermochte die Reaktion in den maoistischen Kadern, insbesondere dem KSV, den eigentlichen ‚Störenfried‘ an der ‚Freien Universität‘ auszumachen. Die andere Front für die konservativen Universitätsstrategen bildete die sozial-liberale Wende, die durch die Hebammentätigkeit der Studentenrevolteure das Licht der Regierung erblickt hatte. Willy Brandt wollte mit der Bildungsreform noch vor den Ost-Verträgen ein Meisterstück vorlegen: Die Hochschulreform sollte nicht nur einen Teil der gesamten Bildungsreform stellen, sondern auch deren „Kernstück“. Mit dem geschaffenen Instrument der Bundesrahmengesetzgebungskompetenz sollte sozial-liberale Reformpolitik demonstriert werden (Regierungserklärung 28.10.1969). Nach sechs bildungspolitisch zermürbenden Jahren wurde 1975 das Hochschulrahmengesetz (HRG), welches nach den vielversprechenden ersten Anläufen die gesteckten reformerischen Ziele kaum mehr einlösen konnte, verabschiedet. Bis 1975 wollte der Berliner Wissenschaftssenat jedoch nicht warten. Inhalt des 1969 beschlossenen Berliner Universitätsgesetzes war die Entstehung der Gruppenuniversität, die Beratungs- und Entscheidungskompetenzen über alle Hochschulangelegenheiten lagen somit bei allen Mitgliedsgruppen, also auch bei den Studenten. Als kleinstes Selbstverwaltungsorgan wurde der Lehrstuhl durch den Fachbereich abgelöst. Die Stellung der Ordinarien wurde durch die Erweiterung der Gruppe der Hochschullehrer geschwächt. Die Ordinariatsuniversität wurde für einige Jahre abgeschafft. Kaum war dies unter maßgeblichem Engagement des Wissenschaftssenators Stein umgesetzt, wurde mit der Demontage begonnen. Was war geschehen? Hatte Stein seine Positionen geändert? Stein: „Die Welt hat sich weit nach links verschoben, ich bin stehengeblieben, wo ich stand.“ (Spandauer Volksblatt, 9.4.1974) Stein war nämlich ein linker, streitbarer Geist innerhalb der SPD. 1959 knallte er sein Parteitagmandat in Godesberg auf den Tisch, als klar wurde, daß der Parteivorstand der ‚demokratischen Willensbildung‘ etwas nachhalf. Nun war Stein in die Mühlen der Reaktion, seiner reformunwillig gewordenen Genossen, sowie der geifernden NofU, die der Gruppenuniversität von Anbeginn an den Kampf angesagt hatte, und dem Problemdruck der Universität geraten. Das Löwengebrüll der Reformer schmolz.

### Schatten der 68er Reform

Die Universitätsreform 1969 hatte nämlich auch das Ziel, die revoltierenden Studenten in die Mitverantwortung universitärer Entscheidungen einzubeziehen, sie in das System zu kooptieren. Bezahlt wurde dies mit

der Aufgabe der Verfaßten Studentenschaft, dem AStA und des Studentenparlaments. Diese zunächst als Erfolg gefeierte Reform zielte auch darauf, das politische Potential der Studenten durch Gremienarbeit zu dämpfen, ein politisches Mandat zu unterlaufen. Die Reform euphorie überwand kritische Stimmen, die auf diese Kooptation hinwiesen. Letztlich hatten die Strategen damit die Zerschlagung studentischer Organe erreicht und konnten nunmehr dazu übergehen, die Bedingungen innerhalb der diversen Gremien systematisch einzuschränken, die erkämpfte Demokratie zu verwässern und zurückzudrängen. Die propagandistische Phalanx bildete hierbei die NofU, indem sie neben ‚aufklärerischer‘ Literatur eine Wanderausstellung durchführte. Motto: „Kommunistische Krawalle und Schmierereien sind an der Tagesordnung – Die Freie Universität ist in weiten Bereichen kommunistisch unterwandert.“ (Berliner Morgenpost, 2.3.1974) Eine umfangreiche Statistik wurde veröffentlicht, wonach der Anteil liberaler Konzilsmitglieder seit 1969 um 30 Prozent zurückgegangen sei, demgegenüber der Anteil „linksextremistischer Professoren“ um 20,4 Prozent zugenommen habe. (Welt, 13.6.1974) Die konservative Kampfpresse versäumte es nicht, Sprachrohr der NofU-Krieger zu sein. Der ‚vierte Stand‘, die Studenten an der ‚Freien Universität‘, wollte sich durchaus nicht als demokratisches Feigenblatt verstanden wissen. Zugleich entwickelte sich unter dem Titel Gruppenuniversität ein schwieriges, unübersichtliches und mit diversen Mitteln fightendes System von Fraktionen, Cliques und politischen Seilschaften, welches gnadenlos Terrain verteidigte und eroberte. Partielles Übergewicht hatte ein wechselndes Bündnis diverser linker Strömungen. Der ‚linke‘ FU-Präsident Kreibich (1971-1975), aufgerieben von den Attacken links und rechts, enttäuschte die in ihn gesteckten Erwartungen. Von studentischer Seite bildeten Anfang der 70er Jahre marxistisch-leninistische Positionen die ideologische Folie, aufgrund derer die politischen Stoßrichtungen festgelegt wurden. Voreilig wurden von Studenten die Kampffronten zwischen marxistisch-leninistischer und ‚bürgerlicher‘ Wissenschaft ausgemacht. Das war den sozialdemokratischen Reformern zuviel, sie intervenierten und kapitulierten damit vor der CDU und der NofU.

### Berufsverbote

Auf mehreren Ebenen sollte der marxistische Einfluß innerhalb der ‚Freien Universität‘ ausgeschaltet werden. Berufsverbote gegen ‚linksextremistische Dozenten‘ sollten deren Engagement zurückdrängen. Die Formierung des HRG hatte, wie bereits erwähnt, jeden Reformcharakter verloren, es reihte sich in die Front der innerstaatlichen Feinderklärung gegen die Linke ein. Nahezu übereinstimmend formulierten Wissenschaftssenator Stein und der Generalsekretär der CDU Baden-Württembergs: „Im Moment, das muß ich ehrlich sagen, sehe ich keine Gefahr von rechts.“ (Spiegel, 14.2.72; Heidelberger Tagblatt, 5.2.72) Die Repression richtete sich gegen linke Verlage, Linke in Funk und Fernsehen, linke Zeitungen, Verschärfung des Haftrechts, Aufrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz, Einschränkung von Rechten bei Arbeit und in

der Fabrik und nicht zuletzt wurden Berufsverbote dafür eingesetzt. Berufsverbote sind Symptom einer Gegenreform, ein Versuch, Emanzipation und Aufklärung zu unterdrücken. Sie bringen, nach U. K. Preuß „praktisch von einem Tag zum anderen, ohne Konsultation, ohne Diskussion, ohne Einschaltung eines Justizverfahrens, ganze Bevölkerungsgruppen [...] um ihr Eigentum, nämlich die Qualifikation der wissenschaftlichen Ausbildung.“ (Brückner/Krovoza 1976: 13). Diese „soziale Ausbürgerung bestimmter Gruppen“ empfahl Prof. Alexander Schwan der Wirtschaft in der ‚Welt‘. Demnach könne man weder von der Industrie noch von anderen Institutionen verlangen, auf Absolventen der Berliner Universitäten zurückzugreifen (12.1.72). Eine Reihe von linken Assistenten sollte an der ‚Freien Universität‘ unter den Hammer kommen. Die Berufung E. Mandels auf einen Lehrstuhl wurde abgelehnt, weil er Marxist sei und befürchtet wurde, er verlege die trotzkistische Zentrale nach West-Berlin. Er wurde somit zum zweiten Mal politisch verfolgt, beim ersten Mal waren es deutsche Faschisten. Wolfgang Lefèvre wurde eine Assistentenstelle am Philosophischen Seminar an der ‚Freien Universität‘ verweigert. Stein warf ihm vor, er habe in der maoistischen ‚Proletarischen Linken/Parteiinitiative‘ (ugs. Plipi), einer der sozialrevolutionären Gruppen Anfang der 70er Jahre, die auf die Betriebsarbeit orientierte, sich für eine „proletarische Revolution“ ausgesprochen. Mit dieser Begründung hatten seinerzeit fast alle linke, Marxisten und Sozialisten von der ‚Freien Universität‘ entfernt werden können.

### Gegenoffensive

In diesem Kontext muß die Universitätsnovelle von 1974 gesehen werden. Die 74er Novelle stellte bereits den zweiten – noch schärferen – Angriff dar, deren erster am massiven Widerstand aller Universitätsgruppen, mit Ausnahme der ideologischen Wasserträger und Kombattanten der NofU, gescheitert war. Die Ordinarien waren jedoch schon längst zur Offensive übergegangen. Mit einer Verfassungsbeschwerde bewirkten sie eine wesentliche Aushöhlung der Gruppenuniversität. Die Professoren sahen nämlich in der paritätischen Mitbestimmung einen Verstoß gegen Art. 5, Abs. 3 des Grundgesetzes, die Wissenschaftsfreiheit betreffend. Das Bundesverfassungsgericht leitete im ‚Mitbestimmungsurteil‘ 1973 folgende Entscheidung ab: Homogenität der Hochschullehrergruppe, maßgeblicher Einfluß der Hochschullehrer mit mindestens der Hälfte der Stimmen bei Entscheidungen, die die Lehre unmittelbar betreffen; den ausschlaggebenden Einfluß mit mehr als der Hälfte der Stimmen der Hochschullehrer bei Forschungs- und Berufungsentscheidungen und den Ausschluß einer undifferenzierten Beteiligung der nichtwissenschaftlichen Bediensteten bei Entscheidungen über Fragen der Forschung und Lehre.

Der Berliner Wissenschaftssenat beeilte sich mit der Umsetzung dieses Urteils. Damit war die Mitbestimmung der Studenten eingeschränkt, vermochten sie doch nur noch Beschlüsse durchzusetzen, wenn es ihnen gelang, einige Professoren dafür zu begeistern. Darüber hinaus versuchte Stein, strukturell das Lenkrad

herumzureißen, und zwar durch den Abbau demokratischer Mitbestimmung und Entfaltungsmöglichkeit der anderen Dienstkräfte, Studenten und Assistenten, die Verstärkung des Instrumentariums der Staatsaufsicht und Machtverlagerung auf die staatliche Bürokratie, die Entmündigung der Universität in Studienreformangelegenheiten und die direkten staatlichen Eingriffe in den Wissenschaftsprozess sowie die Förderung von Verselbständigungstendenzen in der Medizin durch Sonderregelungen und Preisgabe der Integration von Forschung, Lehre und Krankenversorgung als Grundlage der Universitätsmedizin.

Trotz heftigster Kritik hielt die SPD an diesem Entwurf der Novelle fest. Lediglich die NofU klatschte noch nicht ganz zufrieden Beifall und schürte die Auseinandersetzungen weiter an. Das Gründungsmitglied der NofU, Prof. Knauer, verließ unter großzügiger medialer Berichterstattung die ‚Freie Universität‘, weil sie „zur Persiflage einer Universität geworden ist und die Grundlage unserer beruflichen Tätigkeit zerstört hat.“ (Welt, 4.5.1974) Zu all dem setzte der Wissenschaftssenator noch eins drauf: Bei Wahlen zu universitären Gremien sollte ein Quorum eingeführt werden, angeblich, um eine höhere Wahlbeteiligung zu sichern. Das Quorum, d. h. die Minderung der Sitze einer Gruppe bei zu geringer Wahlbeteiligung, sollte so aussehen: Bei einer Beteiligung von 50 Prozent bekommen alle Gruppen die im Gesetz vorgesehene Zahl der Sitze in den Gremien. Sind in einer Gruppe nur zwischen 30 und 50 Prozent zu den Urnen gegangen, erhält die Gruppe ein Viertel weniger an Sitzen, bei einer Wahlbeteiligung unter 30 Prozent wird noch ein weiteres Viertel abgezogen. Es war klar, wen das treffen würde: die Studenten. An diesem Referentenentwurf zur Novelle wird deutlich, daß man zunächst die revoltierenden Studenten in das System kooptierte und dann die Partizipationsmöglichkeiten einzuschränken versuchte.

Streiks und Vollversammlungen signalisierten den Widerstand. Wolfgang Lefèvre formulierte auf einer Vollversammlung eine Abwehrstrategie: Die SPD versuche, die Novelle vor dem Wahlkampf abzuschließen. Darum sei zu verdeutlichen, daß das Durchpeitschen der Novelle zu schweren Konflikten mit den Hochschulangehörigen in der Wahlkampfzeit führen werde. Die geplanten Aktionen sollten zeigen, daß an den Hochschulen ein Widerstandspotential vorhanden sei, das auch über die Semesterferien nicht erlahme. Eine Verschiebung der Novelle auf die nächste Legislaturperiode mit einer voraussichtlichen Mitbestimmung der FDP über die Novellierungsinhalte werde als erreichbares Ziel verstanden. Prof. Schubenz wies auf die „Zerschlagung der Demokratisierung der Hochschulen“ hin und Prof. Holzkamp sah darin den Versuch, den Marxismus an den Universitäten zu unterdrücken. Die Strategie Lefèvres artikulierte am ehesten die Intentionen der Studenten.

Dies signalisierte auch, daß die studentischen K-Gruppen an der ‚Freien Universität‘ abgewirtschaftet hatten und für einige Zeit die SEW-nahe ADS die Initiative übernahm. Diese, von den K-Gruppen zu den ‚Revisionisten‘ gezählte Gruppe, konnte sich vor allem des-

wegen profilieren, weil sie sich als dienstleistungs-politische, realistische Gruppe von den sektiererischen K-Gruppen abheben konnte. Der KSV erstarrte und isolierte sich von den Studenten recht bald, gleichwohl er die kritische Solidarität unterschiedlichster Kreise gegen das beabsichtigte Verbot des KSV erhielt. Die nachrückenden Studentengenerationen konnten und wollten nicht mehr am Maoismus anknüpfen, sie lehnten Kadergehorsam, Pathos und Sektiererei der K-Gruppen ab. Das Erlahmen der Reformeuphorie, der Vorabend des ‚deutschen Herbstes‘ und der überschrittene Höhepunkt der marxistisch-leninistischen Phase 1973/74 deuteten bereits eine neue politische Studentengeneration mit anderen Schwerpunkten und Inhalten an, kurz ‚Spontis‘ genannt. Der KSV sah in der Novelle 1974 nur eine Kampagne von vielen, ihr Aktionsfeld war bereits Partei und Wahlkampf für das Abgeordnetenhaus in West-Berlin. Der Abzug universitärer Kader bedeutete die Aufgabe eines ‚revolutionären‘ Subjekts an der ‚Freien Universität‘, die Trauer hielt sich in Grenzen.

Obwohl es mit der Stein-Novelle genügend Zündstoff für ein heißes Sommersemester 1974 gab, blieb es, wie die Medien zufrieden feststellten, eines der ‚krawallärmsten‘ der letzten Jahre (Spandauer Volksblatt, 24.7.1974). Nur vereinzelt kam es zu Aktionen gegen die Novelle, bei der Protestdemonstration nahmen lediglich 8.000 teil. Lediglich vom Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften wurde intensiver Widerstand gegen die Hochschulpolitik des Senats geleistet. Dies steht auch im Einklang mit der politischen Verteilung in den Gremien. Bei den Neuwahlen zum Konzil und den Fachbereichsräten setzte sich ein ‚Mitte-Rechts‘-Bündnis durch. Auf solch einem Bündnis lag die Option der SPD-Fraktion, die somit der Entdemokratisierung der ‚Freien Universität‘ Vorschub leistete. In dieser Konstellation konnte sich die FDP als Bewahrer der Errungenschaften von 1969 darstellen und mit einer Regierungsbeteiligung bei den Abgeordnetenhauswahlen 1975 rechnen. Nach der Sommerpause wurde zwar das Quorum und die Tutorenregelung fallen gelassen, eine Entschärfung war das jedoch nicht. Dem Widerstand gegen diese Novelle hatten sich von studentischer Seite andere Themen übergeordnet. So richtete sich eine verbotene Demonstration im November 1974 eher gegen die Isolierung, gegen die Berliner Gesetze zum Volksentscheid und nur zweitrangig gegen die Novelle. Andere Themen dominierten die Debatten: Tod von Holger Meins, RAF, Kampf gegen Isolationshaft. Damit hatte der studentische Widerstand mehrere Fragen zugleich aufgegriffen und seine einheitliche Stoßkraft gegen die Novelle geschwächt. Die Strategie, auf die Wahlen hin zu orientieren, ging nicht auf, die Novelle wurde vorher verabschiedet. Die Integrationskräfte auf die Studenten in den Gremien verloren zunehmend an Bindungskraft. Erste Initiativen wurden zur Bildung eines ‚Unabhängigen AStAs‘, eben UStA, gebildet, um ein wirkungsvolles Organ gegen die Restauration der ‚Freien Universität‘ zu bilden.

Die deutlichsten Signale des Vorabends des ‚Deutschen Herbstes‘ waren der Tod Ulrich Schmückers, Günther von Drenckmanns, die Entführung Peter Lorenz‘ und

die Freilassung von fünf politisch Inhaftierten, die Besetzung der Stockholmer Botschaft und der OPEC-Zentrale in Wien und der Tod Ulrike Meinhofs. Eckpunkte einer militanten Strategie, die das innenpolitische Klima verschärfte. Die Verstärkung der Instanzen, politische Kontrolle, Schaffung neuer Kompetenzen in Ermittlungsverfahren, Zurückweisungskompetenz der Staatsanwaltschaft gegenüber Verteidigern, die Vorverlagerung der Strafbarkeitszonen, Kontaktparagrafen, Verminderung von Beschuldigten- und Verteidigungsrechten, Verbot der Mehrfachverteidigung und Beschränkung der Höchstzahl der Verteidiger, Verteidigerausschluß, Einschränkung des freien Verteidigerverkehrs, Änderung des Beweismittelrechts, Verschlechterung der Prozeßstellung der Angeklagten und Erschwerung der Richterablehnung sind Elemente einer legislativen Strategie, mit der Erscheinung des Terrorismus umzugehen.

### Spontanität

Als Reflex auf die K-Gruppen entstanden Mitte der 70er Jahre die undogmatischen Gruppen, die sich gegen marxistisch-leninistische Konzeptionen wandten, für Autonomie, Selbstorganisation und Spontanität in Gefühl und Aktion eintraten. Phantasie, Witz, Lust und Spaß gehörten dazu. Diese Basisgruppen nahmen den subversiven Impetus des SDS wieder auf und aktualisierten ihn: „Unsere Motive, in politischen Gruppen mitzuarbeiten, lassen sich nun einmal nicht auf politische Ergebnisse und Engagement reduzieren. Dabei spielt nämlich auch immer unser Bedürfnis nach Zusammensein mit anderen, nach Geborgenheit, Liebe und Angstlosigkeit mit.“ (Konsequer, UStA-Zeitung, 1978:3). Die Themen beziehen sich auf Hochschule, Anti-AKW, Antirepression, auf Frauen, Ökologie, Jugendzentren, Landkommunen, Trikont, Netzwerke und Alternativpresse. Ihren Höhepunkt erreichten die Spontis, wie sie genannt wurden, 1979. Zuvor jedoch fand mit 6.000 Teilnehmern der ‚Nationale Widerstandskongreß: Reise nach TUNIX‘ statt, wo andere Ideen für ein Konzept entwickelt werden sollten, mit der an anarchistische Positionen des ‚hier und jetzt‘ anknüpfenden „Wir wollen alles und wollen es jetzt!“

### Glotzen

Im Rahmen einer verstärkten innerstaatlichen Repression und eines Protestpotentials der Spontis muß die Umsetzung des HRG in West-Berlin gesehen werden. Mit dem Wissenschaftssenator Glotz wurde ein politischer Beamter installiert, zu dessen Instrumentarium Öffentlichkeitsarbeit, Diskussionen und Gesprächsbereitschaft ebenso gehört wie intellektuelles Flair und trotz signalisierter Liberalität die Bereitschaft, nicht einen Zoll hinter dem Geforderten zurückzubleiben. Nachdem der Regierende Bürgermeister Stobbe schon nicht umhin gekommen war, Glotz nach West-Berlin zu holen, wurde die public-relation-Maschine Anfang Juni 1977 angeworfen, die mediale Einstimmung begann. Im Spiegel äußerte Glotz: „Im Jahr 1977 stehen die deutschen Hochschulen im Zeichen der Offensive

eines neuen Konservatismus; die Reformpartei ist zerrissen und zerquält, die Courage ist abgekauft. Linke Studenten wehren sich gemeinsam mit rechtsliberalen Professoren gegen Regelstudienzeiten und die volle Ausschöpfung der Hochschulkapazitäten. Gedankenverloren memoriert die akademische Linke die Forderungen, die nicht durchgesetzt werden: Die Debatte dreht sich um Paritäten, um das politische Mandat der Studentenschaft, um Ordnungsrecht. Daß die Bildungsreform trotz vieler Fehlschläge weitergegangen ist und jetzt in eine zweite Phase eintritt, in der die sozialen Folgen der eingeleiteten Expansion bewältigt werden müssen, wird nicht einmal reflektiert. Derweil kommen die Konservativen zur Sache. [...] Wann begreift die Linke diesen neuen Frontverlauf?“ (20.6.1977)

Peter Glotz hatte die schwierige Aufgabe, in einem erhitzten innenpolitischen Klima mit zu dem Zeitpunkt einer Million Arbeitslosen in der Bundesrepublik, Lohnsenkung, Renten und Steuerpolitik, Bespitzelung, Polizeischüssen und Berufsverboten eine politische Studentenschaft zu integrieren, wo zugleich die Integrationsmechanismen der 69er Reform ihre Bindung verloren hatten.

Spontis hatten bereits einen Unabhängigen AStA aufgebaut, der basisdemokratische Prinzipien wie auch das politische Mandat forderte. Ordnungsrecht, Verfaßte Studentenschaft ohne politisches Mandat, Potenzierung der Staatsaufsicht und die Ausrichtung von Wissenschaft und Lehre auf den Rechtsstaat waren dagegen die Ziele, die in einen Referentenentwurf gegossen am 6.9.1977 der Öffentlichkeit vorgestellt wurden.

Worum ging es? Bereits im Mai 1977 wurden Vorarbeiten zu einem Anpassungsgesetz an das HRG publik. Demnach war die Neuordnung der Berliner Hochschulen zu zwei oder drei Gesamthochschulen um ‚Freie‘ und Technische Universität geplant. Angepeilt wurden integrierte Gesamtschulen. Zweiter Schwerpunkt bei den Änderungen lag auf der Studienreform, die die Entwicklung der integrierten Gesamthochschulen berücksichtigen sollte. In anderen Studiengängen sollte der Spielraum des HRG genutzt werden, der besagte, daß Hochschulvertreter mehr als die Hälfte der Stimmen einnehmen könnten.

Eine spezielle Berliner Variante wurde in einem Thesenpapier von SPD-FDP fixiert. Zwingendes Bundesrecht war zunächst, daß in allen Gremien, die unmittelbar über Forschung, Lehre und Berufungen entschieden, die Professoren der absoluten Mehrheit der Stimmen aller Gremienmitglieder bedurften, sondern darüber hinaus auch noch der Mehrheit der dem Gremium angehörenden Professoren. In West-Berlin wollte man die absolute Mehrheit für die Professoren an der unteren Grenze halten. Die Paritäten in den Gremien der Fachbereichsräte und des Akademischen Senats, die bisher bei der Behandlung von allgemeinen Fragen so konstituiert waren, daß die Dienstkräfte, Assistenten und Studenten zusammen die Professoren knapp überstimmen konnten, mußten nach dem HRG geändert werden. Bei der Setzung von Mindestanforderungen bei der Scheinvergabe hatte der Akademische Senat bereits Beschlüsse gefaßt und damit über seine

Kompetenz hinaus gehandelt. Der Konflikt, wonach der Akademische Senat in die Fachbereiche hinein entscheidet, war somit vorprogrammiert. Künftig sollte der Akademische Senat auch bei der Berufungsentscheidung mitwirken. Bei der starken Stellung der Hochschullehrer im Akademischen Senat würde diese Kompetenzerweiterung von den Konservativen genutzt werden, um radikaldemokratische Alternativen bei Berufungsvorschlägen nicht mehr zum Tragen kommen zu lassen. Dies brachte zwangsläufig die Minimierung des Fachbereichseinflusses.

Die Stellung der Fachbereichsvorsitzenden sollte dagegen ausgebaut werden. Die eigentliche Entscheidung über die Einstellung, Entlassung oder Weiterbeschäftigung des Personals sollte nach wie vor bei der mehrheitlich mit Staatsvertretern besetzten Personalkommission des Kuratoriums liegen. „Im übrigen soll der Umfang der Staatsaufsicht unverändert bleiben. Das gilt auch für die Kuratorien und ihre Kommissionen.“ Die Tendenz, die Staatsaufsicht zu verstärken, war ohnehin im HRG angelegt: in der Fachaufsicht des Senators über Zulassungszahlen und Ausbildungskapazitäten; in der Verdeutlichung, daß die Hochschulen zugleich staatliche Einrichtungen sind und daher bei der Personalverwaltung der Wirtschaftsverwaltung und Haushalts- und Finanzverwaltung sowie in der Krankenversicherung Staat und Hochschule zusammenwirken mußten. Dies sollte nach wie vor überwiegend in den Kuratorien geschehen, die wie bisher paritätisch aus Hochschul- und Staatsvertretern zusammengesetzt waren. Obwohl die Kuratorialverfassung als Alternative von den unionsregierten Ländern im HRG gestrichen wurde, beabsichtigte der Senat, an der Kuratorialverfassung festzuhalten. Er wollte die Kuratorien nicht, obwohl auch in diesem Gremium Fragen von Forschung, Lehre und Berufungen mitentschieden wurden, in der Parität zugunsten der Professoren verändern, wie es von den Konservativen gefordert worden war. Die Erhöhung der staatlichen Eingriffsmöglichkeiten lag weiterhin darin, daß bei Rechtsvorschriften, die von den Hochschulen zur Bestätigung vorgelegt werden müssen, eine Außerkraftsetzung stattfinden sollte. Dies sollte so lange gelten, bis die Hochschulen die vom Senator gewünschten Änderungen getroffen hätten. Gelten sollte diese Ermächtigung „allgemein nur für den Bereich der Studien- und Prüfungsordnungen und im übrigen nur insoweit [...], als die Hochschulen im Einzelfall trotz der dringenden Notwendigkeit einer Regelung hierzu nicht in der Lage sind.“ Das Ordnungsrecht des HRG sollte in West-Berlin differenzierter geregelt werden. Eine Exmatrikulation für vier Semester von Studenten, die zur Gewalt aufrufen, sie anwenden oder damit drohen, sah das HRG vor. In West-Berlin sollten diese absolutistischen Maßnahmen durch abgestufte Verfügungen, die von Verwarnungen über den schriftlichen Verweis bis zu dem Ausschluß von einzelnen Lehrveranstaltungen reichen, nach unten ergänzt werden. Ob es in West-Berlin zur Wiedereinführung einer Verfaßten Studentenschaft kommen würde, war zu dem Zeitpunkt noch offen. (Tagesspiegel, 1.5.1977).

Soweit die Kampfansage, das Ergebnis einer dreißigjährigen Reformbewegung, die erst durch den revolu-

tionären Impetus der Studentenbewegung und ökonomischer Interessen in Fahrt kam, sich im Gestrüpp der Bürokratien und konservativer Interessen verfang und letztlich die Deformation jeglicher Reform war. Willy Brandts Anspruch in der Regierungserklärung wurde mit diesem Entwurf nicht eingelöst.

### Streik

Nachdem bereits im WS 76/77 militante Auseinandersetzungen gegen HRG, Disziplinierungen, Berufsverbote und Studienbedingungen an der ‚Freien Universität‘ gelaufen waren, mußte nach diesen Erfahrungen damit gerechnet werden, daß die Aktivitäten wegen des Anpassungsgesetzes noch erhöht werden würden. In den drei größten West-Berliner Hochschulen fanden Versammlungen zur Vorbereitung eines Streiks gegen das HRG und den Berliner Anpassungsentwurf statt. Die meisten Studenten sprachen sich für einen unbefristeten Streik aus, obwohl der VDS lediglich bundesweit einen vierzehntägigen Streik inklusive Urabstimmung vorsah. Der vorläufige UStA und die Gruppen der Troztkisten und Maoisten orientierten auf eine Demonstration. In einer Resolution hieß es, daß die Studenten gegen die „kapitalistische Hochschulreform“ seien und daher den Referentenentwurf und das HRG insgesamt ablehnten, ebenso wie die „Anbindung der Wissenschaft an die Ideologie des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates“. In einem Katalog wird u. a. ein AStA mit politischem und imperativem Mandat gefordert, die Einstellung aller Ordnungs- und Strafverfahren gegen Studenten und die Auflösung der Ordnungsausschüsse. Außerdem wandten sie sich gegen eine Kriminalisierung der 48 Herausgeber des Buback-Nachrufes und gegen Verbotsanträge gegen maoistische Organisationen. Allein an diesem Forderungskatalog wurde deutlich, daß die Studenten sich zugleich gegen die innerstaatliche Repression und die Deformierung der Hochschulen richten mußten und in beidem einen Zusammenhang sahen. Auf Vollversammlungen wurde das Streikkonzept vorgestellt. Zunächst wurde bei den Mathematischen und Geowissenschaftlichen Fachbereichen gestreikt. An einer Urabstimmung an der TFH nahmen 1684 Studenten teil, davon stimmten 1207 für Streik wenige Tage später wurde an 125 von 170 Hochschulen der Bundesrepublik gestreikt. Glotz protestierte schriftlich beim AStA, weil dieser sich nicht zu Gesprächen bereit erklärt hatte. Weil Studenten der Wirtschaftswissenschaften die Hörsäle blockierten, sah sich FU-Präsident Lämmert gezwungen, das Gebäude zu schließen. Zugleich wurde ruchbar, daß der Verfassungsschutz Einblick in die Akten des Ordnungsausschusses erhalten hatte. Nahezu an allen Fachbereichen stand nunmehr der Streik, selbst bei den Juristen. Repressionen wurden angedeutet: Der Vizepräsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Prof. Fippinger, stellte „rechtliche Konsequenzen“ in Aussicht, wenn der Streik weiter geführt werde. Die Senatsparteien wollten in nichts nachstehen und waren darin übereingekommen, daß Wiederholungen von Lehrveranstaltungen wegen des Streikausfalls in „keinem Fall in Frage“ kommen würden. CDU-Boroffka wünschte sich öffentlich Polizeieinsätze gegen die

Studenten, um deren Identität festzustellen, weil diese „generalstabsmäßig eingesetzte Streikposten“ seien. Auf Antrag des UStAs bei einer Vollversammlung sollte der bereits seit vierzehn Tagen dauernde Streik eingestellt werden, denn es hatte sich gezeigt, daß an der massenwirksamen Aktion im WS 76/77 nicht mehr angeknüpft werden konnte und es sinnvoller erschien, im Januar 1978 durch eine erneute Mobilisierung größere Wirkung zu erzielen. Im Grunde hatte es Glotz verstanden, einen Teil der Studenten durch sein öffentliches Auftreten, seine Gesprächsbereitschaft auf seine Seite zu ziehen. Des weiteren war abzusehen, daß die radikaldemokratischen Forderungen nach imperativem und politischem Mandat des AStA bei Glotz auf taube Ohren stießen. Letztlich wurde die Anpassung an das HRG vollzogen und die Verfaßte Studentenschaft, sowie deren Verfügungsgewalt über die finanziellen Mittel eingeschränkt und somit die Selbstverwaltung nicht allein durch sie selbst bestimmt, zugestanden.

### Abschied von der Universität

Die intensiven Auseinandersetzungen, die Vollversammlungen, Demonstrationen und Streiks, all dies hat die regressive Anpassungsnovelle nicht verhindern können. Die Folge war die Abkehr vieler (radikal-demokratischer) Studenten von der Hochschulpolitik und ihre Hinwendung zu anderen Bereichen. Die Niederlage im Kampf der Studenten gegen das HRG, der Rückzug, die Umorientierung war Ausdruck des Scheiterns radikal-demokratischer Vorstellungen an der ‚Freien Universität‘, zugleich Flurbereinigung, Eintrittskarte für die Konservativen, die nunmehr mühelos eine abgewirtschaftete Sozialdemokratie ablösen konnten. Die Sozialdemokratie, die einst als Reformerin des Bildungswesens angetreten war, bildete zugleich auch das Beerdigungsinstitut ihrer Reformideen. Ihr gelang es noch weniger als Ende der sechziger Jahre, die verstaatlichte Großhochschule ‚Freie Universität‘ auf die gesellschaftlichen Veränderungen einzustellen. Aus dem Elfenbeinturm wurde durch Novellierungen, Anpassungsregelungen und HRG die Klipp-Schule gezimmert. Solch ein Monstrum wie die ‚Freie Universität‘ muß irgendwann kontraproduktiv werden, die ihr gesetzten Fesseln sprengen. Die Verstaatlichung der Universität bei einer Entstaatlichung der Wirtschaft war politisches Kalkül und hatte somit dem Konservatismus die Wende vorweggenommen. Konservative Politik des Wissenschaftssenators brauchte nur noch diesen Weg weiterzugehen, eine ernsthafte studentische Opposition, die sich intellektuell und massenhaft gegen die Verstaatlichung der ‚Freien Universität‘ stemmen würde, hatte sozialdemokratisch verstandene Reformpolitik aufgebraucht.

### Und heute?

Vergleichen wir unsere Erwartungen, Hoffnungen und Wünsche mit den Bedingungen, die wir an der ‚Freien Universität‘ antreffen, müssen wir eine Diskrepanz zur Realität feststellen. Dies betrifft nicht allein die Politik des Wissenschaftssenators Turner und dessen ‚Macht

und Pracht‘, die Tugendhat so zusammengefaßt hat: „Man muß wissen, daß Turner eine Null ist und sich nur um sein eigenes Profil kümmert. Die Institutionen, denen er vorsteht und für die er Sorge zu tragen hat, sind ihm völlig gleichgültig.“ (taz, 2.7.1987) Gleichwohl hat diese „Null“ in seinem Buch ‚Universitäten in der Konkurrenz – Möglichkeiten und Grenzen von Wettbewerb im Hochschulbereich‘ (Stuttgart 1986) seinem postulierten Ruf gerecht werdend, ein kaum „richtungsweisendes Hochschulkonzept“ (Braun) vorgelegt. Seine Analyse koinzidiert einen Wettbewerb an den und innerhalb der Hochschulen um Personalstellen und Forschungsgelder; ein Wettbewerbsdefizit im Bereich der Lehre; Wettbewerb lasse höhere Leistungen erwarten, wozu den Hochschulen mehr Eigenständigkeit zugestanden und durch die Stärkung des Hochschulmanagements, d. h. der Hochschulleitung optimiert werden müsse. „Notwendig ist weniger zentrale Administration und die Verlagerung von mehr Befugnissen auf die Hochschulen.“ (ebd., 5. 108)

Alles in allem sollen Methoden des Industriemanagements auf die Universität angewandt werden, was die Umwandlung der Universität zu einer Ausbildungsfabrik forciert. Der Wettbewerb soll denn auch Pate bei der Gründung neuer Institutionen stehen, die zugleich die Trockenlegung kritischer Potentiale zur Folge hat. Im Zeichen „gegenseitiger Mißachtung“ (Braun) steht denn auch das Verhältnis zum Universitätspräsidenten Heckelmann, gleichwohl der Weg zum „Selbstbedienungsladen“ ‚Freie Universität‘ für die Industrie nicht blockiert wird. Bisher hat es sich als steiniger Weg erwiesen, diesem Treiben Widerstand, geschweige denn Einhalt zu gebieten. Die direkte Umsetzung des Berliner Hochschulgesetzes ist nach dem Konzeptpapier zur 40-Jahr-Feier der ‚Freien Universität‘ so zu sehen: „produktive“ d. h. verwertbare notwendige Naturwissenschaften stehen „problematischen“ Geistes- und Sozialwissenschaften gegenüber.

Schlicht: Eine gestrichene Planstelle bei den Geistes- und Sozialwissenschaften ergibt hier einen neuen PC und bei den Naturwissenschaften steht sie als Planstelle wieder neu auf. Mit Hilfe von strukturellen Änderungen werden die politischen Mehrheiten verschoben. Die Reduzierung von Fachbereichen bei den Geistes- und Sozialwissenschaften, qua „Verwaltungsvereinfachung“ verringert das „problematische“ Potential in diversen Gremien und dadurch die Festigung konservativer Mehrheiten. Dies mit „allgemeiner Untätigkeit“ Turners abzutun, reicht nicht aus. Nachdem das Berliner Hochschulgesetz diese Politik festgeschrieben hatte, wurde die Umsetzung trotz „gegenseitiger Mißachtung“ an Heckelmann delegiert. Es dürfte nur noch ein müdes Lächeln erzeugen, hier von Autonomie der Universitäten zu sprechen und aufklärerische Inhalte und die Idee von Universität einzufordern.

Sicherlich kommen wir nicht umhin, die verschiedenen betroffenen Akteure und Subjekte einzubeziehen, seien es die Professoren, wissenschaftlichen Angestellten, politischen Gruppen und Organisationen sowie die Studenten.

Von dem Aufbruch Anfang der siebziger Jahre ist nichts mehr zu spüren. Lethargie aller orten. Das Wort Reform und dessen Inhalt sind zu einem Stück Geschichte der siebziger Jahre geworden. Die heutige Situation an der Universität können wir nur noch mit Bildern, Phrasen umreißen: Kahlschlag, Ruinierung und Konkursmasse. Angesichts der Verknappung der zur Verfügung gestellten Ressourcen bei gleichzeitiger Massenausbildung müssen wir konstatieren, daß radikal-demokratische Initiativen nicht auszumachen sind, die sich erfolversprechend gegen diese Lage stemmen. Wir können nicht allein auf eine veränderte ökonomische und politische Konstellation verweisen, um diese Situation zu erklären. Denn das hieße, daß studentischer Protest nur bei zukünftig gesichertem Arbeitsplatz möglich ist, daß Assistenten und Professoren nur bei reformerischem Zeitgeist radikal-demokratisch wirken können. Dieses Verständnis komprimiert die Subjekte zu Wesen, deren politisch-emanzipatorisches Handeln nur unter bestimmten gesellschaftspolitischen Bedingungen möglich zu sein scheint. Folglich müßten diese Bedingungen zunächst erst „umgewälzt“ werden, um den Subjekten innerhalb der Universitäten optimale Entwicklungsmöglichkeiten zu geben bzw. zu radikal-demokratisch Handelnden, die emanzipatorisch aktiv in Universität und Gesellschaft eingreifen. Daß dem mitnichten so ist, belegen anschaulich die Universitäten in bereits umgewälzten Gesellschaften. Die Verantwortung für das Handeln der Subjekte wird diesem Verständnis nach an gesellschaftliche Bedingungen delegiert und entbindet die einzelnen Subjekte von ihrer individuellen Verantwortung. Gerade diese Verantwortung müssen wir von jedem einzelnen Akteur und Subjekt an der Universität einklagen.

### Die Klientel

Wenn wir nachfolgend drei wesentliche Gruppen der Universität benennen und skizzieren, so bezieht sich das auf die darin befindlichen radikal-demokratischen Akteure. Daß sich konservative Akteure z. Z. im Zeitgeist befinden bedarf hier keiner Erläuterung, können doch diese schwerlich für ein radikal-demokratisches Konzept an der Universität gewonnen werden. Unser Unmut muß darum vor allem jene treffen, deren Anspruch mit den Jahren gelitten hat und Makel aus einer anderen Zeit ist. Löbliche Ausnahmen sind hierbei aber nicht die Regel.

Manche Professoren betrachten die Lehre als lästiges Übel, orientieren sich auf ihr eigenes Forschungsgebiet und lassen die Idee eines universitären Gesamtzusammenhangs, geschweige eines gesellschaftlichen, vermissen. Nur zum kleineren Teil schauen sie zweifelt auf die heutige Studentengeneration, was nur mäßig davon ablenkt, daß sie selbst nur die Rolle des modernen Ordinarius ausfüllen, der noch in Seminaren mit glänzenden Augen von seinem historischen Auftreten während der Studentenrevolte berichtet. Deren Widersprüchlichkeiten, Eitelkeiten und Borniertheiten sind allenfalls Themen am Biertisch, nicht aber die der Öffentlichkeit. Inhaltliche Auseinandersetzungen über (deren) Seminare enden meist damit, daß sie, wenn

möglich, nicht mehr besucht oder eben hinter sich gebracht werden.

Das starke Engagement der Assistenten Anfang der siebziger Jahre für die Umsetzung der Reformen ist geschwunden. Hatten diese eigentlichen Träger der Reformen sich seinerzeit noch bundesweit organisiert, um Taktik und Strategie zu vereinheitlichen, so müssen wir heute mit Ausnahmen den Einzelkämpfer wahrnehmen, der um Jahresverträge und Gunst buhlt. Das ‚Wir‘ der Assistenten ist einem Individualismus gewichen, der lediglich die eigene Karriere vor den Konkurrenten favorisiert.

Die Niederlage der Studentenbewegung z. B. in Fragen der Hochschulreform und die Neubestimmung von Themen führte dazu, daß die politisch Aktiven unter uns außerhalb der Universität in anderen gesellschaftlichen Bereichen wirken. Die Universität wurde einigen Kadern überlassen, die vollkommen überlastet in diversen Gremien handwerkeln und alljährlich das Schauspiel um Minderheiten im AStA aufführen. Die Hoffnungsträger studentischerseits Anfang der achtziger Jahre, die Alternativen, müssen sich einer Studentengeneration mit zunehmendem technokratischem Bewußtsein gegenüberstellen, die Universität als Fabrik wahrnehmen und sie lediglich als Durchlauferhitzer gebrauchen, um das nötige Instrumentarium für eine optimale Berufsausbildung qua Titel zu erwerben. Scheine, Schnellstudium zeichnen diesen professionellen zukünftigen Spezialisten aus. Zugleich gelingt es nicht mehr, die Studenten in eine Debatte über Rolle und Funktion der Universität, von Studium einzubeziehen. Trotz publizistischer Anstrengungen gelingt es vorerst nur, diese Frage aufzuwerfen und nach Antworten zu suchen. Die konstruktive Alternative zu entwickeln, ist nicht allein Aufgabe eines Zirkels oder einiger Kader, sondern eine gesamtstudentische. Diese breite Studentenschaft für diese Fragen zu gewinnen, ist die aktuelle Aufgabe, um Entwürfe zu denken, um über eine Abwehrstrategie hinaus, trotz ökonomischem und politischem Gegenwind, unser Bild von Universität zu bestimmen, zu verteidigen und aufzubauen.

### Ziel: Kampf um die Universität

Wenn es unserer heutigen Studentengeneration nicht gelingt, die Universität im radikal-demokratischen Sinn zu repolitisieren, werden die technokratischen Studenten die letzte radikal-demokratische Burg auf universitärem Campus schleifen. Weil viele politisch aktive Studenten die Universität sich selbst überlassen haben, es schwer ist, diese für das Projekt demokratische Universität zu begeistern, müssen wir, wenn wir die Konkursmasse ‚Freie Universität‘ nicht aufgeben wollen, in dieses Vakuum vordringen, um das Projekt voranzubringen.





Protestbanner der Friedensbewegung am Institut für Philosophie in der Habelschwerdter Allee 30 (Aussenaufnahme), Fotograf: Reinhard Friedrich / FU Berlin, UA, Foto-Slg., RFDia/047-12.